

Thüringer Komplott

CDU Die Überlegungen, gemeinsam mit der AfD einen Gegenkandidaten zu Bodo Ramelow aufzustellen, waren weit konkreter als bisher bekannt. Die Debatte holt Kanzlerin Merkel beim Parteitag ein.

An den meisten Tagen ist das Treffen der CDU-Fraktionsführung in Erfurt kein Moment großer Politik. Die fünfköpfige Runde um Fraktionschef Mike Mohring kommt im Raum A 140 im Thüringer Landtag zusammen, auf dem Tisch stehen Bauernbrot und Gehacktes aus dem Eichsfeld. Man bereitet die nächste Fraktionssitzung vor.

An einem Dienstagmittag vor einem Monat jedoch hatte Mohring seinem engsten Führungszirkel eine echte Überraschung zu berichten. Am Rande eines Treffens von Angela Merkel mit den Unionsfraktionsvorsitzenden aus den Ländern habe er in Berlin mit der Kanzlerin über die Frage gesprochen, ob die Wahl Bodo Ramelows zum ersten Ministerpräsidenten der Linkspartei noch verhindert werden könne.

„Dann sagt sie zu mir: Aber passt auf, dass der Ramelow nicht noch die AfD einkauft“, berichtet Mohring der Runde, in der unter anderen der Parlamentarische Geschäftsführer und die Vizechefs der Fraktion sitzen. Mohring fügt hinzu: „Für mich hab ich im Umkehrschluss festgestellt, wenn sie zu mir sagt, ich soll aufpassen, dass der Ramelow nicht die AfD einkauft, dann muss sie uns aber auch überlassen, dass wir die AfD einkaufen.“

Damit es auch jeder der Anwesenden versteht, wiederholt Mohring den entscheidenden Punkt aus dem Gespräch mit der Kanzlerin. „Wenn sie will, dass Ramelow nicht MP wird, brauchen wir die AfD, ob's ihr passt oder nicht.“ Mohring weiter: „Ich hab das dann mit ihr nicht weiter diskutiert. Mir war in dieser Sekunde klar, das hat sie auch so gemeint.“

Mohrings Lesart und seine Schlüsse daraus besitzen Sprengkraft weit über das kleine Bundesland hinaus. Wie Recherchen des SPIEGEL zeigen, war die Bereitschaft der Thüringer CDU, mit der AfD zu pakieren, viel konkreter als bislang bekannt. Anderslautende Beschlüsse der Bundespartei, denen Mohring im CDU-Vorstand selbst zugestimmt hatte, hielten die Thüringer offensichtlich wochenlang nicht von ihren Planungen ab. Vor allem aber legte Mohring im Kreis seiner engsten Verbündeten nahe, dass er für seinen Flirt mit den Rechtspopulisten den unausgesprochenen Segen der Kanzlerin habe.

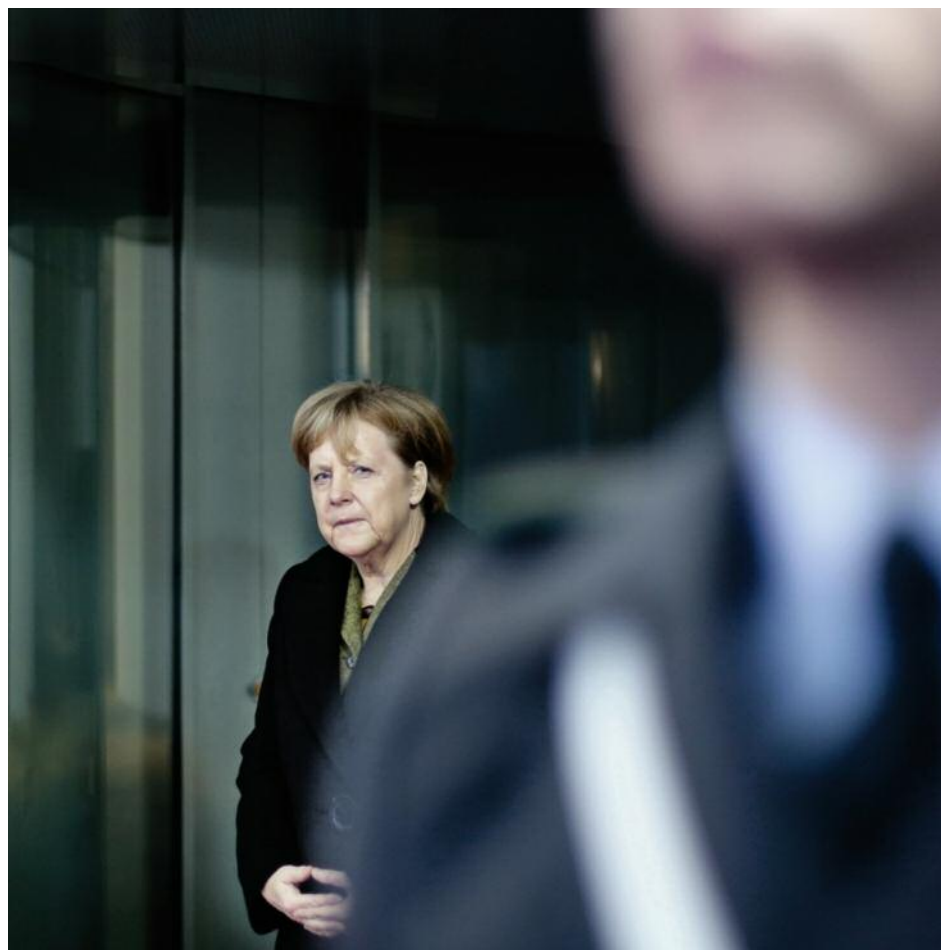
Für den CDU-Parteitag, der an diesem Montag in Köln beginnt, dürfte das Thüringer Geschacher Folgen haben. Zwar wurde Ramelow am vergangenen Freitag bereits im zweiten Wahlgang zum Minis-

terpräsidenten gewählt, sodass der angedachte Showdown entfiel. Auch hatte sich die Union in letzter Minute entschlossen, statt Mohring den parteilosen früheren Uni-Rektor von Jena, Klaus Dicke, ins Rennen zu schicken. Doch die klandestinen Überlegungen der Thüringer Unionsleute zeigen, wie sehr eine Frage auf die Agenda des Kölner Parteitreffens drängt, die Merkel eigentlich vermeiden will: Wie hält es die CDU mit der AfD?

Nach Wunsch der Kanzlerin sollte die Wirtschaftspolitik im Zentrum des Parteitags stehen. Die CDU will zeigen, dass sie auch in der Großen Koalition diese Kernkompetenz nicht vergessen hat. Einzig die Frage, ob die Kampfkandidatur des CDU-Gesundheitspolitikers Jens Spahn für das Präsidium und der Wunsch des Mittelstands nach einer baldigen Steuerentlastung Erfolg haben, schien bislang für etwas Spannung zu sorgen. Damit ansonsten keine Lange-

weile aufkommt, hat die Parteiführung Promis wie den Comedian Eckart von Hirschhausen eingeladen. Der Onkel Doktor der Nation soll über das Thema „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“ debattieren.

Doch jetzt kommt politische Würze in das durchinszenierte Treffen. Erste Präsidiumsmitglieder fordern, die Gefahr durch die AfD auf die Agenda zu setzen. „Wir dürfen nicht nur über Wirtschaftspolitik reden, sondern auch über die Themen, die den Leuten auf der Seele brennen und sie womöglich der AfD in die Arme treiben“, sagt Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich und fügt hinzu: „Das sind die Frage der ansteigenden Flüchtlingszahlen und die Innere Sicherheit.“ Der CDU-Politiker weiß, wovon er spricht. Bei der Landtagswahl in Sachsen im vergangenen August hat er erlebt, wie groß die Anziehungskraft der Rechtspopulisten auf konservative CDU-Anhänger ist.



Parteichefin Merkel: „Passt auf, dass der Ramelow nicht die AfD einkauft“

Und die Argumentation Mohrings im Kreis seiner Unterstützer ist ja nicht unplausibel. Die CDU kann nicht immer beides: einen Ministerpräsidenten der Linken verhindern und gleichzeitig jede Zusammenarbeit mit der AfD unter Strafe stellen.

Vor allem zeigt Thüringen, in welche Schwierigkeiten die CDU gerät, wenn ihr traditioneller Koalitionspartner FDP nicht mehr zur Verfügung steht und die Union selbst nicht so stark ist, dass gegen sie keine Regierung gebildet werden kann. Zum Schwur kommt es spätestens, wenn die AfD westdeutsche Landesparlamente erobert.

Die Aussichten dafür stehen trotz aller internen Querelen nicht allzu schlecht. Auf Bundesebene liegt die Partei seit Mitte September nie unter sechs Prozent. Fände die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen schon heute statt, könnte die AfD sechs Prozent schaffen, sagen die Meinungsforscher von Forsa. In Baden-Württemberg, wo 2016 gewählt wird, liegen die Rechtspopulisten mal über, mal ganz knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde. Der CDU-Wunsch-Koalitionspartner FDP schafft dieses Ergebnis derzeit in keinem westdeutschen Bundesland.

Daher schreckt selbst NRW-Chef Armin Laschet, eigentlich kein Freund der AfD,

davor zurück, beim Parteitag für Klarheit zu sorgen. „Zur AfD ist unsere Beschlusslage eindeutig und klar“, sagt er, „keine Koalition und keine Kooperation.“ Doch dieser Beschluss wurde bisher bloß im Vorstand gefasst, der Parteitag böte die Chance, die Botschaft den 1001 Delegierten noch einmal direkt einzubläuen.

Die Spitzenrunde in der Thüringer CDU-Fraktion zumindest ließ sich vom Vorstandsbeschluss nicht stoppen, wie das Treffen von Anfang November zeigt. Auf die Frage, wie gut sein Draht zur Alternative für Deutschland sei, antwortete Mohring: „Gut“. Er treffe sich noch diese Woche mit Vertretern der Partei. „Und dann muss man das besprechen; und es ist doch gut, wenn die einen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken.“

Mohring betonte damals, so erinnern sich Teilnehmer, dass er im dritten Wahlgang gegen Ramelow selbst antreten wolle. Allerdings, so Mohring, dürfe er auch nicht beschädigt werden. „Mindestens muss klar sein: Die CDU muss stehen, und die AfD muss stehen. Also wenn, muss ich mit 45 Stimmen da rausgehen.“

* Am vergangenen Freitag im Erfurter Landtag nach Ramelows Wahl zum Ministerpräsidenten.

Offenbar ging auch die damalige Regierungschefin Christine Lieberknecht lange Zeit davon aus, dass Mohring seinen Anlauf im dritten Wahlgang mithilfe der AfD unternehmen würde. In der tief zerstrittenen Thüringer CDU sind die beiden nicht gerade Freunde. „Lieber Mike, für jeden Tag, den ich Deinen Namen zu früh nenne, haben wir eine deutschlandweite AfD-Debatte am Hals“, textete Lieberknecht noch am 26. November in einer SMS an Mohring. Die Debatte droht nun auf dem Bundesparteitag der CDU.

Thüringens AfD-Fraktionschef Björn Höcke bestätigt, dass die Gespräche mit der CDU mehr als ein flüchtiger Flirt waren. „Es gab ein Treffen und danach regelmäßige Telefonate.“ In den Gesprächen habe Mohring keinen Hehl daraus gemacht, dass er von „der Merkel-Tauber-Doktrin einer totalen Blockade gegen die AfD“ wenig halte. Stattdessen hätten er und Mohring „gemeinsam die Lage analysiert“ und alle Optionen durchgesprochen, wie sich ein Ministerpräsident Ramelow verhindern ließe.

Auch Mohring steht zu den Gesprächen, will zudem seine Einlassungen im Fraktionsvorstand nicht dementieren. Er betont aber, dass die CDU unter seiner Führung am Ende eine „kluge Entscheidung“ getroffen und eine Zusammenarbeit mit der AfD abgelehnt habe. In Wahrheit hat Mohring zu diesem Zeitpunkt zumindest erkannt, wie sehr ihm ein Anbandeln mit der AfD schaden würde, auch mit Blick auf die Vorstandswahlen beim Bundesparteitag.

Der Thüringer Flirt wird trotzdem nicht ohne Auswirkungen auf die Bundespartei bleiben. Eigentlich hält sich die CDU viel auf ihre föderale Struktur zugute, Einmischung in die Angelegenheiten der Landesverbände aus der Berliner Parteizentrale ist selten. Der Umgang mit der AfD dagegen ist Chefsache.

In einer Deutlichkeit, die die CDU bis dahin nicht kannte, mischte sich Generalsekretär Peter Tauber vor der Wahl Ramelows in die Belange der Thüringer Parteifreunde ein. Ein Ministerpräsident der CDU dürfe nie von der AfD abhängig sein, mahnte Tauber im Interview mit SPIEGEL ONLINE. Wörtlich fügt er hinzu: „Ein CDU-Kandidat, der dieses Amt nur mit den Stimmen der AfD erreichen kann, sollte diese Wahl nicht annehmen.“

Nun setzt Tauber auf das Thema Innere Sicherheit, um abtrünnige Wähler wieder auf den rechten Weg zur CDU zu führen; immerhin ein indirektes Eingeständnis, dass die Union ein Problem mit der AfD hat. Auf dem Parteitag soll neben dem wirtschaftspolitischen Antrag auch ein Papier zur Bekämpfung krimineller Banden und von Terroristen beschlossen werden. Der Titel würde auch zur AfD passen: „Mit einem starken Staat für Freiheit und Sicherheit“.

Melanie Amann, Peter Müller



Politiker Ramelow, Mohring*: Am Ende eine „kluge Entscheidung“